

Persönlich / Vertraulich

Protokoll

Anlass	183. Sitzung der Kommission Bildung und Forschung
Ort	Hegibachstrasse 47, 8032 Zürich
Datum	Freitag, 14. November 2025
Zeit	09:30 – 12:00 Uhr
Anwesend	Michael Altorfer (Swiss Biotech Association); Barbara Bader (HSLU); Liliane Brunner Halbach (F. Hoffmann-La Roche AG); Maurice Campagna (CEC); Alain Gut (IBM Schweiz); Franziska Hedinger (Schweiz. Baumeisterverband); Regula Jöhl (ZHAW); Matthias Kaiserswerth (Hasler Stiftung); Ulrich Jakob Looser (Präsident; BLR & Partners); Rudolf Minsch (economiesuisse); Martin Missbach (Novartis); Noël Palushaj (scienceindustries); Peter Ryser (EPFL); Stephan Schreckenber (Swiss Re AG); Dominique Steiner (Schweiz. Bankiervereinigung); Thomas Werder (SNF); Nadine Wüthrich (economiesuisse)
Online	Bernhard Blank (Gymnasium Lerbermatt); Daniel Delfosse (Swiss Medtech); Dieter Flückiger (Flückiger + Bosshard AG); Dominique Gruh-Bégin (Innosuisse); Reto Müller (BLR Partners AG); Klaus Müller; Andreas Rüfenacht (Nestlé SA); Karin Vallone (HKBB); Catherine Lance Pasquier (FER)
Entschuldigt	Anton Aschwanden (Google Switzerland); Nicolas Aune (FER); Nina Bachmann (Swiss Textiles); Bettina Balmer (Nationalrätin); Daniela Decurtins (VSG); Markus Enggist (ATRASIS GmbH); Corine Fiechter (economiesuisse); Andrea Gmür-Schönenberger (Ständerätin); Adam Gontarz (Swissmem); Michael Käppeli (ETH-Rat); René Lenggenhager (Novaxent GmbH); Stefan Leuenberger (Kalaidos Bildungsgruppe); Christoph Leuenberger (ETH Rat); Ernst Lutz (NV Bekaert SA); Nicole Meier (SAV); Stephan Mumenthaler (scienceindustries); Carolina Müller-Möhl (Müller-Möhl Group); Florian Némethi (Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie); Andreas Obrist (SVV); Jean-Marc Piveteau (Präsident der SCNAT); Martin Riediker (Touchless Biometric Systems AG); Sonja Studer (Swissmem); Markus Tanner (UBS AG); Werner Tschan (Tschan Management AG); Beat Walti (Wenger & Vieli AG); Julia Heinzer (Accenture AG)
Gäste	Martina Hirayama (SBFI)
Protokoll	Nadine Wüthrich, 19. November 2025

Traktanden

- Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20.06.2025
- Referat von **Martina Hirayama**, Staatssekretärin, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, Thema «Herausforderungen im BFI-Bereich»
- Informationen der Geschäftsstelle
- Erasmus+
- Aktueller Status FP10 und ECF
- VNL zur Änderung der Akkreditierungsverordnung HFKG
- Wirtschaftskompetenzen in der Volksschule
- Überblick Arbeitsprogramm
- Varia

Der Präsident begrüsst die Mitglieder der Kommission zur letzten Sitzung des Jahres.

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 20. Juni 2025

Der Präsident begrüsst die Anwesenden und stellt drei neue Mitglieder vor.

- Barbara Bader von der HSLU
- Liliane Brunner Halbach von F. Hoffmann-La Roche AG
- Regula Jöhl von der ZHAW

Das Protokoll zur Sitzung vom 20. Juni 2025 wird genehmigt.

2 Referat von Martina Hirayama, Staatssekretärin, Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, Thema «Herausforderungen im BFI-Bereich»

Entlastungspaket27:

Martina Hirayama erläutert, dass das Entlastungspaket nicht so stark reduziert werden dürfe, dass die gebundenen Massnahmen gestrichen werden und letztlich nur die ungebundenen Massnahmen übrigbleiben. Als Worst-Case-Szenario bezeichnet sie die Möglichkeit, dass das Paket im Herbst 2026 vom Volk abgelehnt wird. In diesem Fall müsste kurzfristig im ungebundenen Bereich gespart werden, was Einsparungen von rund 10 Prozent im BFI-Bereich zur Folge hätte. Sollte das Militär, eigentlich ebenfalls ungebunden, nicht mit Einsparungen beitragen, würde dies sogar Kürzungen von etwa 16 Prozent für den BFI-Bereich bedeuten.

Der Präsident bekräftigt, dass economiesuisse hinter dem Gesamtpaket steht. Von allen diskutierten Varianten sei das Paket wahrscheinlich die beste Lösung für den BFI-Bereich. Wichtig sei, geschlossen aufzutreten und sich nicht gegeneinander ausspielen zu lassen.

Alain Gut stellt fest, dass in der politischen Diskussion häufig der Eindruck vermittelt werde, Sparmassnahmen seien nicht problematisch; es handle sich lediglich um geringeres Wachstum.

Martina Hirayama verweist darauf, dass diese Zusammenhänge auf Folie 4 sichtbar werden. Die dunkelblaue Linie zeige das Wachstum der BFI-Botschaftszahlungen gemäss Vernehmlassung, die hellblaue Linie die vom Parlament verabschiedete Version. Die rote Linie stelle das erwartete Wachstum dar, wenn das EP27 angenommen wird. Dadurch ergebe sich über die gesamte Periode ein Wachstum von lediglich 0,1 Prozent. 2028 liege das Zahlungsvolumen wieder ungefähr auf dem Niveau von 2024.

Ruedi Minsch regt an, die Grafik durch eine zusätzliche Linie zu ergänzen, welche den Verlauf der BFI-Botschaftszahlungen ohne Annahme des EP27 zeigen würde.

Auf die Frage des **Präsidenten**, ob es eine weitere Vernehmlassung gebe, antwortet **Ruedi Minsch**, dass sich das Geschäft nun in der parlamentarischen Beratung befinde. **economiesuisse** sei derzeit der einzige Verband, der vollständig hinter dem Paket stehe und sich nicht für dessen Aufspaltung ausspreche.

Entflechtung 27:

Martina Hirayama erklärt, dass im Rahmen von Entflechtung 27, insgesamt 27 Aufgabengebiete untersucht wurden, darunter drei im BFI-Bereich. Es geht darum eine klare Zuteilung von Aufgaben, Finanzierung und Subsidiarität sicherzustellen sowie das Prinzip der fiskalischen Äquivalenz und des Vollzugsföderalismus zu stärken. Das Ergebnis soll haushaltsneutral sein. Die Arbeiten laufen unter der Leitung der Finanzverwaltung.

Horizon Europe:

Martina Hirayama berichtet, dass am Montag, 10. November 2025 das EU-Programmabkommen unterzeichnet wurde. Die Schweiz ist damit rückwirkend per 1. Januar 25 wieder voll assoziiert an Horizon Europe, das Euratom-Programm sowie das Digital Europe Programme. Ab 2026 ist vorgesehen, dass sich die Schweiz erneut an ITER und an Fusion for Energy beteiligt.

Der Präsident stellt die Frage, ob in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde, dass diese Unterzeichnung stattgefunden hat und ob in den Medien darüber berichtet wurde.

Ruedi Minsch erwidert, dass darüber berichtet wurde und dass auch **economiesuisse** einen entsprechenden Artikel veröffentlicht hat (vgl. [Formell besiegelt: Schweiz ist zurück im | economiesuisse | economiesuisse](#))

Matthias Kaiserswerth erkundigt sich nach dem aktuellen Stand in Bezug auf das Thema Quantum?

Martina Hirayama erklärt, dass die Europäische Union strategisch wichtige Bereiche definiert. Gewisse strategische Bereiche seien für Drittstaaten vollständig geschlossen, in anderen strategischen Bereichen könne man ein Assessment durchführen, um den Zugang zu erhalten. Diese Assessments müssten jedes Jahr neu durchgeführt werden. Auch in der nächsten Programmperiode werde nicht alles offen sein. Hilfreich sei möglicherweise, dass das Vereinigte Königreich ein wichtiger Verteidigungspartner der EU sei und ebenfalls Drittstaat, dies könnte in der Verhandlung unterstützend wirken.

Peter Ryser stellt die Frage, wie es grundsätzlich mit der Finanzierung von Horizon Europe aussehe.

Martina Hirayama antwortet, dass die Mittel vorhanden seien und vom Parlament gesprochen wurden. Das Problem betreffe jedoch den Zahlungsrahmen. Zu Beginn der Programmperiode wurde wenig Geld benötigt, da die Ausschreibungen erst liefen. Jetzt jedoch beginne die Umsetzung der Projekte, die finanziert werden müssten, und parallel werde der Pflichtbeitrag für Horizon Europe fällig. Deshalb brauche es derzeit gleichzeitig die Ausfinanzierung der Übergangsmassnahmen und den Pflichtbeitrag.

Martina Hirayama stellt die Programmstruktur von Horizon Europe 2028–2034 vor. Es gebe einen deutlichen Mittelzuwachs, man gehe jedoch davon aus, dass dieser Betrag noch deutlich reduziert werde. Neu sei die Verlinkung mit dem Competitiveness Fund (ECF), dessen genaue Ausgestaltung noch nicht feststehe.

Peter Ryser fragt, ob die Abstimmung zu den Bilateralen III einen direkten Zusammenhang habe.

Martina Hirayama bestätigt, dass bei einem Nein die Schweiz die Assoziierung verlieren würde.

Stephan Schreckenberger möchte wissen, was geschehe, wenn es zu einer Nicht-Assoziierung komme. Er fragt, ob es zutreffe, dass Forschende ihre Projekte weiterführen würden, jedoch nicht mehr in der Schweiz, sondern an ausländischen Hochschulen und man dadurch Forschende verliere.

Martina Hirayama erklärt, dass die aktuelle Programmperiode bis 2027 laufe und die Finanzierung bis Ende 2028. Das bedeute, dass alle in dieser Programmgeneration bewilligten Projekte vollständig fertig ausfinanziert werden.

Massnahmenpaket Stärkung der höheren Berufsbildung:

Maurice Campagna regt an, dass die Durchführung von Doktorarbeiten an Fachhochschulen auch in Betracht gezogen werden sollte.

Martina Hirayama erläutert, dass die Fachhochschulen im HFKG und nicht im Berufsbildungsgesetz geregelt sind und die vorliegende Vorlage primär der Stärkung der höheren Berufsbildung dient. Zum Thema Doktoratsmöglichkeiten an FHs laufe derzeit eine Evaluation zur Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Fachhochschulen in der Doktoratsausbildung. Der Hochschulrat werde diese Thematik in seiner Februarsitzung beraten.

Internationale Zusammenarbeit:

Martina Hirayama betont die Bedeutung einer starken bilateralen Basis sowie weiterer multilateraler Abkommen. Wichtigster bilateraler Partner seien die USA; zudem seien das Vereinigte Königreich, Deutschland, die Niederlande und Dänemark sehr attraktive Partnerländer.

Der Präsident fragt nach, ob nicht auch eine Zusammenarbeit mit Frankreich attraktiv sei.

Martina Hirayama erläutert, dass Frankreich im Hochschulsystem vor grossen Herausforderungen steht, vor allem, was die Finanzierung betrifft.

Martin Missbach erkundigt sich nach der Zusammenarbeit mit China und Japan.

Martina Hirayama erklärt, dass Länder wie Japan und Südkorea insbesondere im Halbleiterbereich sehr interessant seien. Auch China mache im Gesundheits- und Energiebereich grosse Fortschritte. Allerdings erschwerten zwei neue chinesische Datensicherheitsgesetze derzeit die Forschungsk Kooperation (u. a. Unsicherheiten bei der Ausreise mit Forschungsdaten oder Geräten). China sei aber grundsätzlich an Lösungen interessiert.

Maurice Campagna spricht sich für eine verstärkte Zusammenarbeit mit China aus. Er erklärt, dass rund 30 % der Komponenten des Supercomputers «Alps» aus China stammten. Auch im Bereich KI sei eine Zusammenarbeit vielversprechend.

Martina Hirayama berichtet, dass im kommenden Herbst eine Reise nach China geplant sei, in der Hoffnung, dass bis dahin die rechtlichen Rahmenbedingungen geklärt sind. Sie betont die Notwendigkeit, sich bestmöglich zu positionieren, um im BFI-Bereich möglichst viele Türen offen zu halten.

Der Präsident weist darauf hin, dass Wirtschaftsvertreter gerne in die Vorbereitung für eine solche Reise eingebunden würden, und fragt nach möglichen Informationsflüssen.

Martina Hirayama schlägt vor, dies über den Innovationsbereich zu organisieren und dort relevante Akteure einzubeziehen.

Michael Altorfer betont, dass für Swiss Biotech die internationale Vernetzung zentral sei, um neue Zugänge zu ermöglichen. Man habe Plattformen aufgebaut, um internationale Delegationen zu empfangen. Man spüre, wo Interesse an bilateralen Abkommen bestehe. Er befürwortet eine enge Zusammenarbeit mit dem SBFI. Das Eureka-Netzwerk¹ müsse weiter globalisiert werden.

Liliane Brunner Halbach: Stellt fest, dass weniger Schweizerinnen und Schweizer für PhDs in die USA gingen, und regt an, stattdessen vermehrt US-Forschende und -Investoren in die Schweiz zu holen.

Martina Hirayama hält fest, dass die Schweizer Hochschulen sehr attraktiv seien und viele Forschende aus den USA kämen. Eine enge Zusammenarbeit im BFI- und Wirtschaftsbereich mit den USA sei zentral, werde aber anspruchsvoller. Die Zusammenarbeit im Bereich Berufsbildung werde intensiviert; ein Memorandum of Understanding sei 2024 erneuert worden. Es bestehe ein Abkommen zur gegenseitigen Mobilität junger Fachkräfte. Im Zuge der Re-Industrialisierung benötigten die USA dringend Fachkräfte mit Berufsbildung. Präsident Trump plane eine Million Ausbildungsplätze (derzeit 750'000). In 22 US-Bundesstaaten existiere bereits eine Berufsausbildung nach Schweizer Modell. Die Schweiz könne Ausbildungsprogramme für Ausbilder anbieten; dennoch liege die Motivation der Lernenden in der Verantwortung der USA.

Der Präsident fragt, ob die Schweizer Unternehmen hier direkt eingebunden seien.

Martina Hirayama bestätigt dies. Inputs würden in Arbeitsgruppen gesammelt und über Branchenverbände wie Swissmem und Scienceindustries koordiniert.

Auf die Frage von **Maurice Campagna** bestätigt **Martina Hirayama**, dass die Schweiz einen direkten Zugang zu den US-Bundesstaaten habe.

Martina Hirayama zeigt sich dankbar für die Rückmeldungen aus der Wirtschaft und betont die Bedeutung, deren Interessen zu kennen. Aktuell sei für die Akteure im BFI-Bereich der Finanzrahmen des Bundes das zentrale Thema. Sie ruft die Wirtschaft dazu auf, deutlich zu machen, welchen Stellenwert Bildung, Forschung und Innovation für die wirtschaftliche Entwicklung haben.

→ Die Präsentation ist als separater Anhang verfügbar.

3 Informationen der Geschäftsstelle

Ruedi Minsch informiert, dass bei economiesuisse per 1. September 2025 eine Restrukturierung der Geschäftsstelle erfolgt ist. Die Geschäftsleitung wurde verkleinert und besteht nun aus einer Kern-GL (zuständig für Strategie, Entscheide und die Weiterentwicklung der Bereiche) sowie einer erweiterten GL zur Sicherstellung des Informationsflusses. Ziel sei es, die Schlagkraft der Kampagnentätigkeit zu erhöhen und mehr operativen Handlungsspielraum zu schaffen. Zudem werde die Public Affairs gezielt gestärkt, um noch näher an der politischen Arbeit zu sein. **Ruedi Minsch** präsentiert das neue Organigramm: Es bestehen neu zwei Fachbereiche sowie ein Bereich Public Affairs und ein Bereich Kommunikation.

Ruedi Minsch erklärt, dass am Tag der Wirtschaft das Redesign von economiesuisse lanciert wurde.

Ruedi Minsch präsentiert die Plattform civic (vgl. Link [Wir für das Erfolgsmodell Schweiz | Jetzt ein Anliegen unterschreiben! | civic](#)). Es handle sich um eine digitale Mobilisierungsplattform, vergleichbar mit der linken Plattform Campax. civic ermögliche es, politische Anliegen, von Petitionen bis hin zu Initiativen oder Referenden, zu lancieren und zu unterstützen. Damit reagierten economiesuisse und Partner darauf, auch im wirtschaftsliberalen Umfeld ein entsprechendes Instrument zu etablieren. Ziel sei es, bürgerliche

¹ Bieten die Möglichkeit für grenzüberschreitende Innovationsprojekte. Innosuisse vertritt die Schweiz in der Eureka-Initiative. ([Führen Sie transnationale Innovationsprojekte mit Eureka durch](#))

und wirtschaftliche Anliegen zu bündeln. Als Beispiel erwähnt er die Möglichkeit, eine Petition im Kanton Zürich zu starten, damit das Unterrichtsfach Wirtschaft und Recht nicht mit Geografie kombiniert wird.

Martin Missbach fragt, ob die Plattform auch für Abstimmungskampagnen genutzt werde.

Ruedi Minsch bestätigt dies, betont jedoch, dass dafür zunächst eine gewisse Anzahl Registrierungen und Unterstützer notwendig sei.

Der Präsident erkundigt sich, ob eine Mitgliedschaft erforderlich sei.

Ruedi Minsch verneint. Eine einfache Registrierung auf der Plattform genüge. Verbände seien eingeladen, eigene Anliegen einzubringen.

Nadine Wüthrich berichtet, dass dieses Jahr «Leaders in Exchange» nicht durchgeführt werde, da es bis im August zu wenige Anmeldungen gab. Für die nächste Durchführung 2026/27 sei vorgesehen, das Programm auf die gesamte Deutschschweiz auszudehnen und den VSLCH einzubeziehen. Am Donnerstag, 29. Januar 2026, finde von 17:00 bis 19:00 Uhr ein kostenloser Vernetzungsanlass für Führungspersonen aus Bildung und Wirtschaft statt. Einen fachlichen Input zur Führung der Generation Z werde Yannick Blättler (NEOVISO AG) geben.

→ [Anmeldelink für den Vernetzungsanlass.](#)

Ruedi Minsch fügt für die neuen Mitglieder hinzu, dass es sich bei «Leaders in Exchange» um ein Weiterbildungsprogramm für Führungskräfte aus der Bildung und der Wirtschaft handle. Während mehreren Monaten können sich die Führungskräfte in einem Tandem austauschen und sich gegenseitig am Arbeitsplatz hospitieren.

Nadine Wüthrich informiert, dass seit Mitte September und noch bis Mitte Dezember die Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der Zürcher Gymnasien laufe. In diesem Zusammenhang erfolge eine Zusammenarbeit mit der Zürcher Handelskammer, welche die eingebrachten fachlichen Hinweise bei der Erarbeitung ihrer Vernehmlassungsantwort berücksichtige. Da economiesuisse zur Teilnahme an der Vernehmlassung eingeladen wurde und bereits mehrfach mit der Bildungsdirektion in Kontakt stand, werde ausnahmsweise ebenfalls eine Vernehmlassungseingabe eingereicht. Dabei werde ausschliesslich auf die Antwort der Zürcher Handelskammer verwiesen und deren Unterstützung erklärt.

Im Rahmen der Überarbeitung wurde eine Namensänderung des Schwerpunktfaches vorgenommen: Anstelle des ursprünglich vorgesehenen Titels «Politik, Recht und Wirtschaft» wird neu «Wirtschaft, Recht & Gesellschaft» verwendet. Weiter wurde vorgesehen, das Schwerpunktfach Wirtschaft & Recht mit Geografie zu kombinieren. Wirtschaft & Recht ist jedoch bereits heute, vor der Reform, als interdisziplinäres Schwerpunktfach ausgestaltet. Durch die geplante zusätzliche Kombination mit Geografie wird eine Verwässerung des bislang beliebtesten Schwerpunktfachs im Kanton Zürich befürchtet, verbunden mit einem Verlust an inhaltlicher Tiefe. Eine weitere Ausweitung der Inhalte würde die adäquate Vermittlung erschweren. Von insgesamt 26 Lektionen sollen künftig 6 der Geografie beziehungsweise dem interdisziplinären Arbeiten gewidmet werden, wodurch wesentliche betriebswirtschaftliche und rechtliche Themen entfallen und nicht mehr vermittelt werden könnten. Ein vergleichbares Vorgehen war zunächst auch beim Schwerpunktfach Physik und Anwendungen der Mathematik vorgesehen, das mit Informatik kombiniert werden sollte. Dieser Vorschlag wurde erfreulicherweise fallen gelassen. Umso weniger nachvollziehbar erscheint es, dass beim Schwerpunktfach Wirtschaft und Recht dennoch an einer zusätzlichen Kombination mit einem weiteren Fach festgehalten wird.

Die geplante Struktur erschwert zudem die Durchführung bewährter und für die Praxis hoch relevanter Projekte wie beispielsweise das Company Programme von YES. Ebenfalls unverständlich erscheint, dass Geografie künftig in zwei Schwerpunktfächern vertreten sein soll (neues Schwerpunktfach Geopolitik). Zwar können Überschneidungen zwischen Fächern situativ sinnvoll sein und einen Mehrwert bieten, sie dürfen jedoch nicht dazu führen, dass zentrale betriebswirtschaftliche Inhalte zugunsten interdisziplinärer Ansätze verdrängt werden.

Karin Vallone stellt im Zusammenhang mit der Gymnasialreform einen Unterschied zwischen Stadt und Land fest. Im Kanton Basel-Landschaft habe über den Bildungsrat deutlich mehr Einfluss auf den Reformprozess genommen werden können, während in Basel-Stadt keine Möglichkeit bestanden habe, sich in ein entsprechendes Gremium einzubringen.

Ruedi Minsch berichtet, dass die Mitglieder der Kommission vor zwei Wochen einen Medienspiegel mit Artikeln zu den Themen Bildung & Forschung erhalten haben. Der Medienspiegel enthalte die relevantesten Artikel des vergangenen Quartals. Der Medienspiegel würde jeweils kurz vor der nächsten Kommissionssitzung verschickt werden. **Ruedi Minsch** bittet um Feedback, ob ein solcher Medienspiegel grundsätzlich gewünscht sei und ob es noch Anpassungswünsche gebe.

Ruedi Minsch fasst die Rückmeldungen zusammen: Die Einführung des Medienspiegels werde grundsätzlich positiv aufgenommen, sei jedoch noch nicht bei allen angekommen. In einem Jahr soll erneut überprüft werden, ob eine weitere Zustellung erwünscht sei.

→ Der erste Medienspiegel wird zusammen mit dem Protokoll nochmals verschickt.

Nadine Wüthrich berichtet, dass das BFS eine neue Spezialanalyse im Bereich F+E anbietet. In dieser Analyse werden die F+E-Tätigkeiten von Unternehmen unter inländischer und ausländischer Kontrolle gemessen. Damit soll der Anteil und der Einfluss von multinationalen Konzernen auf Schweizer F+E aufgezeigt werden. Die aktuelle Auswertung zeigt, dass 19 Prozent der F+E-Unternehmen unter ausländischer Kontrolle stehen; 59 Prozent davon unter europäischer Kontrolle. Die ausländisch kontrollierten Unternehmen kommen für 26 Prozent des privaten F+E Aufwands auf.

→ Mehr Informationen unter diesem Link: [Internationale Aspekte der F+E | Bundesamt für Statistik - BFS](#)

Ruedi Minsch präsentiert die Neuigkeiten der letzten Monate aus Bundesbern:

- Entlastungspaket 27 (25.063): Im Oktober haben die Detailberatung zum Entlastungspaket 27 begonnen. Wir wissen noch nicht, wie es weitergeht. Parlamentarier sind sich nicht gewohnt, dass sie hier Einsparungen machen müssen.
- Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (25.056): Die vorgeschlagene Änderung des HFKG eröffnet den Fachhochschulen die Möglichkeit, in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) Bachelorstudiengänge anzubieten, in denen die Praxiserfahrung in der Arbeitswelt integriert ist. Dieses Angebot wurde in einem Pilotversuch bereits getestet. Die WBK-S stimmt der Gesetzesänderung zur Verstetigung von PiBS, basierend auf positiven Pilotprojekten, zu. Evaluationen sollen stärker berücksichtigt werden. Sollte der Hochschulrat unerwünschte Effekte feststellen, wird der Bund beauftragt, erneute Verhandlungen über die Ausgestaltung der Bachelorstudiengänge mit integrierter Praxis einzuleiten oder das Angebot gegebenenfalls ganz einzustellen.
- Stärkung der Berufsberatung (23.4102): Die WBK-S hat die Motion abgelehnt. Zwar teilt sie das Ziel einer besseren Berufsberatung, sieht aber in einem nationalen Plan kein geeignetes Instrument: Die Zuständigkeit liegt bei den Kantonen, und angesichts der angespannten Bundesfinanzen (EP27) ist kein zusätzlicher Handlungsbedarf auf Bundesebene angezeigt. Die bereits laufenden Massnahmen von Bund und Kantonen werden als ausreichend beurteilt.
- Standesinitiativen zu Erasmus+ (24.324, 24.327, 25.302 und 25.307): Die WBK-S hat den vier Standesinitiativen Folge gegeben und unterstützt damit die Wiederassoziiierung der Schweiz ab 2027. Es ist weiterhin nicht klar, wie diese Wiederassoziiierung finanziert und der knappe Zeitplan eingehalten werden soll.

4 Erasmus+

Nadine Wüthrich berichtet, dass ab 2027 eine Wiederassoziiierung an Erasmus+ geplant sei. Die erforderliche Finanzierung werde vom Bundesrat beim Parlament beantragt. Für die parlamentarische Debatte im nächsten Frühling hat economiesuisse ein Argumentarium ausgearbeitet, das den Mitgliedern

präsentiert wird. Das Wichtigste in Kürze: Eine Beteiligung an Erasmus+ wäre grundsätzlich wünschenswert, da es mehr Mobilität und vor allem auch Kooperationsprojekte mit dem Ausland ermöglicht, wodurch das Schweizer Bildungssystem weiterentwickelt werden kann. Aber im Unterschied zur «Schweizer Lösung» führt eine Assoziierung an Erasmus+ rein für das Jahr 2027 zu Mehrausgaben von rund CHF 147 Mio. Diese Mehrausgaben müssten im BFI-Bereich eingespart werden. Weitere Kürzungen bei der ETH, dem SNF oder Innosuisse sind aber nicht akzeptabel. economiesuisse empfiehlt daher vorderhand auf eine Assoziierung zu verzichten. Mit Horizon Europe ist die Schweiz ausserdem stark international vernetzt und kann Top Talente anziehen. Des Weiteren ermöglicht die «Schweizer Lösung» auch die Förderung von internationaler Mobilität und Kooperationen, wenn auch in einem geringeren Ausmass als unter Erasmus+. Eine spätere Assoziierung an Erasmus+ bleibt möglich.

➔ Das ausführliche Dokument zu Erasmus+ wird dem Protokoll beigelegt. Die Fragerunde wird eröffnet.

Barbara Bader fügt an, dass sich der Aufwand und die Kosten für die Hochschulen verdoppeln, wenn keine Assoziierung vorliegt. Es müsse sowohl ein Antrag an die EU als auch einer an Movetia eingereicht werden, was mit erheblichem administrativem Aufwand verbunden sei.

Regula Jöhl betont zudem, dass im Zusammenhang mit den Mitteln für Bildung und Forschung nicht von Kosten, sondern von Investitionen gesprochen werden sollte, da es sich um Ausgaben handelt, die langfristig Erträge und Nutzen bringen.

5 Aktueller Status FP10 und ECF

Nadine Wüthrich stellt den aktuellen Status des neuen Horizon Programms 2028 bis 2034 (FP10) und der Verlinkung mit dem European Competitiveness Fund (ECF) vor. Das Forschungsprogramm FP10 basiert auf vier Säulen, die unterschiedliche Schwerpunkte und Förderziele abdecken. Die zentralen Neuerungen des Programms FP10 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Im mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) sind EUR 234,3 Milliarden für den ECF und EUR 175 Milliarden für FP10 vorgesehen, damit erfolgt nahezu eine Verdoppelung der Mittel im Vergleich zu früheren Programmen.
- FP10 bleibt eigenständig, ist jedoch über Säule II eng mit dem ECF verknüpft.
- Ziel ist, Europas Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität zu stärken, indem gute Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Produkte und industrielle Anwendungen überführt werden.
- Das Regelwerk des ECF gilt für die Wettbewerbskomponente der Säule II.
- Es werden sogenannte Moonshot-Projekte eingeführt, die auf die Förderung von Wertschöpfung und strategischer Autonomie in der EU abzielen.
- Es gibt keine Zivilklausel mehr für FP10 und ECF, wodurch Dual-Use-Projekte (zivile und militärische Nutzung) möglich sind.
- Forschungs- und Technologieinfrastrukturen sind ein zentraler Bestandteil der vierten Säule. Die EU-Kommission kann nun bis zu 20 Prozent der Baukosten für wichtige neue Forschungsinfrastrukturen von Weltklasse mitfinanzieren.

Die Auswirkungen für die Schweiz:

FP10 steht Drittländern offen, die Schweiz kann sich somit vollständig oder teilweise assoziieren.

Drittländer müssen aber weitere Auflagen erfüllen (z.B. gute Kapazitäten in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation, Bekenntnis zur Marktwirtschaft). Das sollte unproblematisch für die Schweiz sein. Bestimmte Programmteile können beschränkt werden.

Die Teilnahme an Dual-Use- und Verteidigungsprojekten für Drittländer ist noch unklar und von zusätzlichen Kriterien abhängig. So wird evtl. ein Partnerschaftsabkommen mit der EU notwendig.

Die Teilnahmebeiträge für das nächste Programm werden sehr hoch sein, aber vermutlich im Laufe der Verhandlungen noch reduziert. Aktuell sind folgende Pflichtbeiträge vorgesehen:

- FP10: ca. EUR 5 Mrd. für 7 Jahre

- ECF: ca. EUR 17 Mrd. für 7 Jahre

Das weitere Vorgehen sieht vor, dass der Rat und das Europäische Parlament die Vorschläge der Europäischen Kommission gemeinsam verabschieden. Die Beratungen im Rat haben bereits im Sommer 2025 begonnen. Eine definitive Verabschiedung der Programme wird bis Ende 2027 erwartet. Im Verlauf des Prozesses sind Änderungen weiterhin möglich. Die endgültige Annahme erfolgt erst nach der Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFF).

→ Die Position von BusinessEurope sowie die Analyse von Swisscore und der Schweizer Mission zu FP10 und dem ECF wurden den Mitgliedern der Kommission bereits per 27. Oktober 2025 zugestellt.

Nadine Wüthrich fragt nach weiteren Inputs und erklärt, dass sie in den nächsten zwei Jahren die Ansprechperson für weitere Anliegen der Mitglieder sei und dass sie laufend informiere, wenn sie neue Informationen zur Ausgestaltung erhalte.

Michael Altorfer thematisiert die Kommunikation zur Assoziierung mit Horizon Europe. Während der Phase, in der die Schweiz nicht voll assoziiert war, wurden trotzdem rund 700 Projekte durchgeführt. Durch eine zu pessimistische Kommunikation könne der Eindruck entstehen, dass gar kein Zugang möglich sei und wir ganz «draussen» seien. Nach aussen solle nicht der Eindruck vermittelt werden, dass die Schweiz ausgeschlossen sei.

Barbara Bader unterstützt das Votum von Michael Altorfer und weist darauf hin, dass sonst der Eindruck entstehen könne, dass die Schweiz keine verlässliche Partnerin mehr sei.

Thomas Werder betont, dass von 2021 bis Anfang dieses Jahres bedeutende Teile nicht zugänglich gewesen seien, und dass der Ausschluss daher nicht verharmlost werden dürfe.

6 VNL zur Änderung der Akkreditierungsverordnung HFKG

Ruedi Minsch erklärt, dass die Akkreditierungsrichtlinien festlegen, nach welchen Kriterien die Agenturen die Hochschulen im Rahmen eines Akkreditierungsprozesses vor Ort überprüfen. Dabei werde nicht die Qualität der Lehre oder Forschung bewertet, sondern es werde geprüft, ob die Hochschule über ein funktionierendes Qualitätssicherungssystem verfüge. Anschliessend erstelle die Agentur einen Bericht, der dem Akkreditierungsrat übermittelt werde, welcher die abschliessende Entscheidung treffe.

Nadine Wüthrich führt aus, dass das Akkreditungsverfahren klarer und effizienter gestaltet werden soll. Die Erstakkreditierung gelte künftig für fünf Jahre, während die erneute Akkreditierung auf acht Jahre verlängert werde. Dadurch sollen weniger Akkreditierungen mit Auflagen erforderlich und der administrative Aufwand reduziert werden. *economiesuisse* regt an, dass digitale Lehre, neue Lehrformate sowie die zunehmende Bedeutung von Microcredentials stärker berücksichtigt werden.

→ Die Vernehmlassungsantwort zur Änderung der Akkreditierungsverordnung HFKG wurde den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugestellt.

Nadine Wüthrich fragt nach Feedback.

Reto Müller weist darauf hin, dass Punkt 4.1 nicht ausschliesslich auf Qualität reduziert werden sollte, sondern offen formuliert bleiben soll. Positiv bewertet wird, dass auch über Auflagen gesprochen wird; diese sollten beispielsweise auf fünf oder sechs limitiert werden.

Ruedi Minsch informiert, dass weitere Inputs gerne noch per E-Mail an Nadine Wüthrich eingereicht werden können. Die Vernehmlassung dauere noch bis am 15. Dezember 2025.

7 Wirtschaftskompetenzen in der Volksschule

Ruedi Minsch berichtet über die aktuelle Situation der Wirtschaftskompetenzen in der Volksschule. Er hebt hervor, dass NGOs und Gewerkschaften derzeit einen deutlich besseren Zugang zu Schulen hätten und das Narrativ der politischen Linken bei Lehrpersonen stark dominiere. Dadurch sei die wirtschaftliche Bildung oft einseitig geprägt und es fehle an einer ausgewogenen Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge.

Die Stossrichtung von *economiesuisse* zielt darauf ab, die Wirtschaftskompetenz im Unterricht zu stärken und den Wirtschaftsbezug in der Bildung zu fördern. Aktuell werden folgende Instrumente verfolgt:

- Hanna Cash
- Unterrichtsmaterialien bereitstellen (Kicknet)
- Wirtschaftstexte in Spick
- Leaders-in-exchange (Schulleiter)
- Berufsbegleitendes Studium an Pädagogischen Hochschulen
- Wow-Kampagne: Öffentlichkeitskampagne zur Sensibilisierung für die Bedeutung der Wirtschaft in Gesellschaft und Alltag.

Ruedi Minsch fragt, ob wir hier von *economiesuisse* aus noch weitergehen sollen.

Der Präsident äussert Bedenken, den Dachverband zu stark als zentralen Informationskanal zu nutzen. Die Handelskammern und Branchenverbände sollten hier die führende Rolle übernehmen. Hinsichtlich der Pädagogischen Hochschulen sollte geprüft werden, wie Einfluss von Seiten der Wirtschaft genommen werden kann. Hier könnte *economiesuisse* mit einem Austausch mit der PH Zürich starten. **Regula Jöhl** könnte in diesem Zusammenhang auch die Verbindung zur neuen Rektorin der PH Zürich herstellen.

Michael Altorfer regt an, Informationen auch auf Englisch bereitzustellen, da etwa 70 Prozent seines Talentpools kein Deutsch spreche.

Karin Vallone weist darauf hin, dass in den Kantonen bereits viele Aktivitäten laufen würden. Sie berichtet vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente, der über die Onlineplattform www.engage.ch die politische Bildung für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 25 Jahren fördere. Die Aktivitäten des Verbandes an Schulen behandeln überwiegend linke Themen. Es sei deshalb wichtig, dass die Wirtschaft solche Vereine mit Themen unterstütze.

Franziska Hedinger ergänzt, dass [éducation21](http://education21.ch) ein einflussreicher Akteur im Bereich politische und wirtschaftliche Bildung sei.

Regula Jöhl erwähnt den Verein Wirtschaftsbildung.ch, und dass diese am 20. und 21. November 2025 in Interlaken ein Symposium organisieren.

Ruedi Minsch bestätigt, dass zu diesem Verein bereits Kontakt bestehe. Auch sei er im Vorstand von YES.

8 Überblick Arbeitsprogramm

Ruedi Minsch berichtet, dass an der Vorstandssitzung ein Workshop zu BFI durchgeführt wurde. Das Arbeitsprogramm wurde genehmigt. Stark thematisiert wurde die Frage nach dem Scale-up: Die Schweiz sei sehr stark in der initialen Forschung und auch erfolgreich bei der Etablierung von Spin-offs und Start-ups. Aber bei der Scale-up-Phase würden viele in die USA abwandern, weil sie dort einfacher zu Kapital kämen. Es wird angeregt, dass *economiesuisse* sich in diesem Bereich wieder stärker engagiert. Vorgesehen ist die Bildung einer Arbeitsgruppe. **Ruedi Minsch** regt an, dass nebst interessierten

Mitgliedern aus der Kommission auch Raphael Tobler, Präsident der Swiss Startup Association in der AG Einsitz nehmen sollte.

Franziska Hedinger erkundigt sich nach der strategischen Ausrichtung im Bereich Microcredentials.

Ruedi Minsch weist darauf hin, dass es einige interessante Initiativen gebe, beispielsweise aus Irland, die relevant sein könnten. Der Fokus liege auf der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Fragen, die u.a. geklärt werden sollen seien, wie Microcredentials definiert werden und wie mit ihnen umgegangen werden soll. Auch hier ist vorgesehen eine neue Arbeitsgruppe zu bilden.

Alain Gut berichtet, dass im Bereich der Berufsbildung bereits ein Projekt geplant sei, in dem das Thema Microcredentials behandelt werden soll.

9 Varia

Der Präsident fragt nach Varia.

Thomas Werder berichtet, dass der SNF in Bezug auf das Entlastungspaket 27 von Anfang an den Standpunkt vertreten habe, dass keine gegenseitige Benachteiligung stattfinden solle. Er möchte aber nochmals die Wichtigkeit der Forschung für die Wirtschaft betonen. Die Grundlagenforschung habe einen direkten Einfluss auf die Wirtschaft: Eine Kürzung von 10 Prozent würde zu einer Reduktion des BIP um 0,5 Prozent führen. Für eine sachliche Diskussion sei zu beachten, dass der SNF in den letzten Jahren nicht überproportional gewachsen sei, sondern sich im Einklang mit dem Bundeshaushalt entwickelt habe. Mit den Kürzungen aus dem EP27 verfüge der SNF absolut im Jahr 2028 über weniger Mittel als 2024, was nicht nur als Wachstumsbremse interpretiert werden dürfe.

In den Kommissionen habe der SNF dies erläutern können. Swissmem habe im Ständerat ein Schreiben eingereicht, das eine stärkere Förderung von Innosuisse und eine Reduktion der Mittel für den SNF forderte. Der Ton des Schreibens sei in seinen Augen problematisch. Der SNF wurde dargestellt, als ob er vorrangig für Grossfirmen tätig sei und nicht im Interesse der ganzen Schweiz handle. **Thomas Werder** betont, dass in der Schweiz ein funktionierendes Ökosystem aus SNF und Innosuisse existiert und dass man sich nicht gegenseitig Konkurrenz machen solle.

Dominique Gruh-Bégin erklärt, dass die Forderung von Swissmem nicht im Interesse von Innosuisse sei. Der SNF sei ein wichtiger Partner von Innosuisse, und es werde ein gemeinsames Programm mit Bridge durchgeführt. Sie betont, dass Innosuisse einen klaren Mehrwert bringe, wie auch durch das KOF aufgezeigt worden sei. Eine Kürzung des Bundesbeitrags um die im EP27 vorgeschlagenen 10 % sei schmerzhaft. Dennoch werde Innosuisse alle vom Parlament beschlossenen Kürzungen verantwortungsvoll umsetzen. Erhebliche Budgetkürzungen würden jedoch Wirtschaft und Wohlstand deutlich beeinträchtigen. Gesetzliche Änderungen wären noch gravierender, da sie die Flexibilität und Agilität der Innovationsförderung stark einschränken würden, weshalb auf solche Änderungen unbedingt verzichtet werden sollte.

➔ Dokumente Netzwerk Future sowie Argumentarium Innosuisse zum EP27 werden dem Protokoll beigelegt.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, 6. Februar 2026 statt.

Der Präsident schliesst die Sitzung um 12:05 Uhr und lädt die Anwesenden zur gemeinsamen Verpflegung ein.